

Antrag 105/II/2023**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Solidarität mit der kritischen Presse**

1 In einer freiheitlichen Demokratie ist die freie Presse ein
2 zentraler Baustein. Vor allem die kritische Berichterstat-
3 tung über staatliche Stellen gehört zu den essenziellen
4 Aufgaben der Presse in einer Demokratie. Hierbei muss si-
5 chergestellt sein, dass weder das berichterstattende Me-
6 dium noch die recherchierenden Personen Repressionen
7 und staatliche Verfolgung befürchten müssen.

8
9 Die internationale NGO „Reporter ohne Grenzen“ stuft
10 die Lage der Pressefreiheit in Deutschland im Jahr 2022
11 zum wiederholten Mal in Folge herab, im internationa-
12 len Vergleich rangiert Deutschland damit auf Platz 21 von
13 180 Ländern. Ein ausschlaggebender Punkt sind vermehrte
14 körperliche Übergriffe auf Medienschaffende. Die Orga-
15 nisation hat mit 103 Angriffen auf Medienschaffende im
16 Jahr 2022 einen Höchststand verzeichnet. Die große Mehr-
17 heit dieser Fälle fand in verschwörungsideologischen, an-
18 tisemitischen und extrem rechten Kontexten statt. Be-
19 fragte angegriffene Journalist*innen beklagen sich häufig
20 darüber, dass Angriffe auf Medienschaffende von Polizei
21 und Justiz häufig nicht verfolgt werden. Auf Demonstra-
22 tionen fühlen sich Berichterstattende von der Polizei zu
23 wenig geschützt, ein Drittel der Befragten sagte aus, dass
24 auf Demonstrationen anwesende Polizist:innen den An-
25 griffen tatenlos zugesehen oder den Berichterstattenden
26 die Schuld gegeben hätten. Auch von tätlichen Angriffen,
27 die von Polizeiangehörigen ausgingen, wurde berichtet.

28
29 Die SPD Berlin hat daher auf ihrem Landesparteitag 2022
30 beschlossen, sich für ein regelmäßiges Austauschformat
31 zwischen Presse, Polizei und Politik einzusetzen, bei dem
32 das Geschehen auf Demonstrationen reflektiert und auch
33 die Arbeit der Polizei kritisch hinterfragt werden soll.

34
35 Die kritische Berichterstattung auch über die Polizei muss
36 Medienvertreter:innen ohne Angst vor negativen Folgen
37 möglich sein. Mit Bestürzen stellen wir fest, dass es zu-
38 letzt in Berlin zu einem Fall kam, bei dem ein Journal-
39 list aufgrund einer Berichterstattung über einen Polizis-
40 ten aus dem extrem rechten und verschwörungsideologi-
41 schen Milieu angeklagt wurde und sich nun vor Gericht
42 verteidigen muss. Der Bericht informierte über die poli-
43 tischen Verbindungen des Berliner Polizisten, der bei der
44 AfD aktiv ist und sich während der Coronapandemie im
45 Kommunalparlament geweigert hatte, der Maskenpflicht
46 Folge zu leisten. Außerdem wurden Verbindungen des Po-
47 lizisten ins Milieu der sogenannten Querdenker aufge-
48 deckt. Infolge der Berichterstattung zeigte der Polizist den

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

In einer freiheitlichen Demokratie ist die freie Presse ein zentraler Baustein. Vor allem die kritische Berichterstattung über staatliche Stellen gehört zu den essenziellen Aufgaben der Presse in einer Demokratie. Hierbei muss sichergestellt sein, dass weder das berichterstattende Medium noch die recherchierenden Personen Repressionen und staatliche Verfolgung befürchten müssen.

Die internationale NGO „Reporter ohne Grenzen“ stuft die Lage der Pressefreiheit in Deutschland im Jahr 2022 zum wiederholten Mal in Folge herab, im internationalen Vergleich rangiert Deutschland damit auf Platz 21 von 180 Ländern. Ein ausschlaggebender Punkt sind vermehrte körperliche Übergriffe auf Medienschaffende. Die Organisation hat mit 103 Angriffen auf Medienschaffende im Jahr 2022 einen Höchststand verzeichnet. Die große Mehrheit dieser Fälle fand in verschwörungsideologischen, antisemitischen und extrem rechten Kontexten statt. Befragte angegriffene Journalist*innen beklagen sich häufig darüber, dass Angriffe auf Medienschaffende von Polizei und Justiz häufig nicht konsequent verfolgt werden. Auf Demonstrationen fühlen sich Berichterstattende von der Polizei teilweise zu wenig geschützt.

Die SPD Berlin hat daher auf ihrem Landesparteitag 2022 beschlossen, sich für ein regelmäßiges Austauschformat zwischen Presse, Polizei und Politik einzusetzen, bei dem das Geschehen auf Demonstrationen reflektiert und auch die Arbeit der Polizei kritisch hinterfragt werden soll. Die SPD Berlin begrüßt, dass die Innensenatorin die Vorschläge aufgegriffen hat.

Eine freie und kritische Berichterstattung - auch über die Polizei und die Justiz - muss Medienvertreter:innen ohne Angst vor negativen Folgen möglich sein.

Rechtsextremismus hat in dieser Gesellschaft keinen Platz und darf in Sicherheitsbehörden nicht toleriert werden. Strafanzeigen gegen Journalist:innen sind ein bekanntes Mittel aus dem rechten Milieu, um kritische Berichterstattung zu verhindern und die Pressefreiheit einzuschränken. Rechtsstaatliche Mittel dürfen nicht missbraucht werden um gegen freie Berichterstattung vorzugehen und oder Journalist*innen an ihrer Arbeit zu hindern.

Die SPD setzt sich für freie Berichterstattung ein, auch wenn sie polizeikritisch ist. Einschüchterungsversuche gegen Journalist:innen, die auf Missstände innerhalb der Po-

49 Journalisten an, der daraufhin ein Schreiben des Landes-
50 kriminalamtes erhielt.

51

52 Wir beobachten diesen Vorgang mit großer Sorge und
53 stellen uns in Solidarität hinter das betroffene Presseme-
54 dium und den angeklagten Journalisten. Rechtsextremis-
55 mus hat in dieser Gesellschaft keinen Platz und darf in Si-
56 cherheitsbehörden nicht toleriert werden.

57

58 Strafanzeigen gegen Journalist:innen sind ein bekanntes
59 Mittel aus dem rechten Milieu, um kritische Berichterstat-
60 tung zu verhindern und die Pressefreiheit einzuschränken.

61

62 Rechtsstaatliche Mittel dürfen nicht missbraucht werden
63 um gegen freie Berichterstattung vorzugehen und oder
64 Journalist*innen an ihrer Arbeit zu hindern.

65

66 Die SPD setzt sich für freie Berichterstattung ein, insbe-
67 sondere wenn sie polizeikritisch ist. Einschüchterungsver-
68 suche durch haltlose Ermittlungen gegen Journalist:in-
69 nen, die auf Missstände innerhalb der Polizei hinweisen,
70 darf es nicht geben. Die Pressefreiheit ist die unverzicht-
71 bare Voraussetzung für eine lebendige Demokratie.

72

73 Wir als Sozialdemokratische Partei setzen uns für die Freie
74 Presse und die Arbeit der Journalist:innen ein. Wir verur-
75 teilen jegliche Versuche, eine freie Berichterstattung be-
76 hindern zu wollen.

lizei hinweisen, darf es nicht geben. Strafrechtliche Er-
mittlungsverfahren dürfen nur eingeleitet werden, wenn
ein Anfangsverdacht für eine Straftat vorliegt. Die Presse-
freiheit ist die unverzichtbare Voraussetzung für eine le-
bendige Demokratie.

Wir als Sozialdemokratische Partei setzen uns für die Freie
Presse und die Arbeit der Journalist:innen ein. Wir verur-
teilen jegliche Versuche, eine freie Berichterstattung be-
hindern zu wollen.